



HESSISCHER LANDTAG

31. 05. 2019

Kleine Anfrage

Thorsten Felstehausen (DIE LINKE) vom 16.04.2019

Holzvermarktung in Hessen: Kosten der Neuregelung und Antwort

Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Vorbemerkung Fragesteller:

In Folge der Liberalisierung des Wettbewerbsrechts ist die Pflege und Nutzung öffentlicher Wälder, besonders wenn Gebietskörperschaften dies einer Landesgesellschaft überlassen haben, in den Fokus der Kartellbehörde geraten. Um mögliche Kartellverfahren zu vermeiden, beendet die Hessische Landesregierung den Holzverkauf aus kommunalen Wäldern durch HessenForst. 19 Städte und Gemeinden aus fünf Landkreisen haben sich im April dieses Jahres erstmals zu einer interkommunalen Holzvermarktungsgesellschaft zusammengeschlossen. Unter dem Namen „Holzagentur Taunus“ sollen künftig pro Jahr rund 115.000 Festmeter vermarktet werden. Laut dem Bürgermeister von Weilrod, Götz Esser, soll diese interkommunale Holzvermarktungsgesellschaft in den ersten drei Jahren mit 300.000 Euro durch das Land Hessen gefördert werden.

Vorbemerkung Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Vor dem Hintergrund der mit dem Bundeskartellamt vereinbarten Eckpunkte wird die Holzvermarktung in Hessen neu organisiert. In diesem Prozess nehmen wirtschaftlich tragfähige Holzvermarktungsorganisationen eine zentrale Rolle ein. Zur Schaffung zukunftsfähiger Holzvermarktungsstrukturen in Hessen, besteht ein erhebliches Interesse des Landes, mehrere Holzvermarktungsorganisationen (HVO) mit eigener Rechtsperson kurzfristig zu etablieren, die die jeweilige Holzvermarktung übernehmen und den Wettbewerb auf dem Holzmarkt intensivieren. Ziel der Förderung ist, innerhalb von drei Jahren durch eine Anschubfinanzierung den Aufbau und den Betrieb von HVO in Hessen zu fördern, die von körperschaftlichen, privaten Waldbesitzenden oder von forstlichen Zusammenschlüssen nach dem Bundeswaldgesetz (BWaldG) eigenständig organisiert und getragen werden. Der Aufbau und der Betrieb der HVO müssen den wettbewerbsrechtlichen Regelungen entsprechen. Die HVO sollen dauerhaft das Angebot von Holz in einem Umfange bündeln, dass bei der Vermarktung den Belangen sowohl der Anbieter als auch der Abnehmer Rechnung getragen wird.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und für Sport wie folgt:

Frage 1. Wird die Hessische Landesregierung auch weitere interkommunale Holzvermarktungsgesellschaften unterstützen und wenn ja, unter welchen Bedingungen sollen Holzvermarktungsgesellschaften wie lange finanziell unterstützt werden?

Die Landesregierung fördert mit der „Richtlinie zur Förderung von Holzvermarktungsorganisationen in Hessen“ vom 17. April 2019 im Rahmen einer Anschubfinanzierung eigenständige juristische Rechtspersonen über einen Dreijahreszeitraum. Diese Holzvermarktungsorganisationen sollen groß genug sein, um wirtschaftlich zweckmäßig und kaufmännisch vernünftig aufgestellt zu sein und um nachhaltig erfolgreich am Holzmarkt agieren zu können. Deshalb kommt eine Landesförderung zur Neugründung von HVO nur in Betracht, wenn die HVO eine Mindestfläche von 10.000 ha und mindestens eine Vermarktungsmenge von 120.000 Festmeter in einem Dreijahreszeitraum aufweist. Für Kommunen, die in der gemeinsamen Holzvermarktung die Schwelle von 10.000 ha nicht erreichen, kann ggf. im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) das Programm des Ministerium des Innern und für Sport (HMdIS) in Betracht kommen. Hiernach ist i.d.R. eine einmalige Zuwendung für die Kooperation in Höhe von 100.000 € möglich.

Frage 2. Auf welche Summe schätzt die Landesregierung diese Förderung in den kommenden fünf Jahren?

Insgesamt wird von Gesamtzusendungen in Höhe von rund 4,0 Mio. € ausgegangen.

Frage 3. Um wie viel höher schätzt die Landesregierung die volkswirtschaftlichen Kosten für die Holzvermarktung durch private bzw. kommunale Holzvermarktungsgesellschaften gegenüber der bisherigen Vermarktung durch HessenForst?

Es kann davon ausgegangen werden, dass sich die volkswirtschaftlichen Kosten nicht erhöhen werden. Die sich gründenden Holzvermarktungsorganisationen schaffen neue Arbeitsplätze, intensivieren den Wettbewerb auf den Holzmärkten und stellen gleichzeitig die Holzversorgung der Sägeindustrie sicher.

Nach derzeitigen Erkenntnissen beabsichtigen die Holzvermarktungsorganisationen für ihre Dienstleistung den gleichen Kostensatz für die Vermarktung des eingeschlagenen Festmeters Rundholzes (2,5 €/fm) anzusetzen wie HessenForst.

Frage 4. Gibt es bei HessenForst durch die ausfallende Holzvermarktung Einspareffekte und wenn ja, in welcher Höhe liegen diese in den kommenden fünf Jahren?

Derzeit zahlen die Körperschafts- und Privatwaldbetriebe für die Vermarktung des eingeschlagenen Rundholzes 2,5 €/fm an den Landesbetrieb HessenForst. Durch den Verzicht auf die Holzvermarktung in Betrieben des Körperschaftswaldes > 100 Hektar in Forstämtern mit einem Körperschaftswaldanteil von über 25% an der betreuten Waldfläche ab dem 01.01.2019 entstehen ab dem Jahr 2020 jährliche und dauerhafte Einnahmeverluste beim Landesbetrieb HessenForst in Höhe von rund 3 Mio. €. Diese Zahlen stehen unter dem Vorbehalt, dass die Nutzungen planmäßig erfolgen, d.h. keine Kalamitäten den Holzverkauf und die Holzmenge prägen. Im Jahr 2019 entstehen anteilige Einnahmeverluste, da die Rechnungsabwicklung bis zum 30.09.2019 erfolgt. Wegen des hohen Borkenkäferbefalls und des hohen Anteils von Holz aus Kalamitätsnutzungen ist hier keine belastbare Prognose möglich.

Dem stehen ab dem Jahr 2020 Ausgabenminderungen beim Landesbetrieb HessenForst durch ein reduziertes Arbeitsvolumen und mittelfristig reduzierte Personalausgaben gegenüber. Diese Ausgabenminderungen können gegenwärtig noch nicht beziffert werden.

Frage 5. Um welchen Betrag werden sich die Kosten für die Holzvermarktung für das Land Hessen verändern, wenn man die Kosten der Unterstützung der Holzvermarktungsgesellschaften und die Veränderungen bei HessenForst zusammen betrachtet?

Dies kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht belastbar kalkuliert werden. Es ist aber anzunehmen, dass die finanzielle Belastung des Landes Hessen durch die veränderte Holzvermarktung aufgrund der zusätzlichen finanziellen Förderung des Landes von neu gegründeten Holzvermarktungsorganisationen insgesamt höher wird als vor dem 31.12.2018.

Frage 6. Sieht das Land durch die Neuordnung der Holzvermarktung Gefahren oder gar Einbußen an gemeinwohlorientierten, sogenannten ökologischen Leistungen von Wäldern?

Nein. Das Hessische Waldgesetz gibt den Rahmen und die Grundpflichten aller Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer für die Waldbewirtschaftung vor. Diese Grundpflichten müssen in allen hessischen Wäldern eingehalten werden und sie werden von den zuständigen Forstbehörden überwacht. Darüber hinaus betrifft die Neuordnung ausschließlich den Bereich des Holzverkaufs. Die forstliche Beratung und Betreuung wird weiterhin in bewährter Art und Weise vom Landesbetrieb HessenForst angeboten und durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Forstämter vor Ort umgesetzt.

Frage 7. Wird es nach Einschätzung der Landesregierung in den kommenden Jahren genügend qualifiziertes Personal für den Aufbau von Holzvermarktungsgesellschaften geben?

Ja. Zwischen dem Umweltministerium und dem Hauptpersonalrat wurde am 17. April 2019 eine Dienstvereinbarung abgeschlossen, die auf freiwilliger Basis einen Wechsel von Personal von HessenForst zu Holzvermarktungsorganisationen ermöglicht. Für die Beschäftigten von HessenForst besteht damit die Möglichkeit, im Rahmen von Abordnungen oder Zuweisungen kurzfristig mit der Arbeit in einer der neuen Holzvermarktungsorganisationen zu beginnen. Gleichzeitig werden sie für einen festgesetzten Zeitrahmen von 30 Monaten mit einem Rückkehrrecht abgesichert.

Darüber hinaus steht auch auf dem freien Markt qualifiziertes Personal für den Aufbau von Holzvermarktungsorganisationen zur Verfügung.